D. Allgemeine Angriffe gegen Hugenberg

Presse und Film

Gegen Hugenberg sind auch vielfach Angriffe erhoben worden, die mit der ihm unterstellten Mitverantwortung für Hitlers Gewaltherrschaft nichts zu tun haben. Sie sollen ihn aber offenbar vor der Öffentlichkeit in ein so ungünstiges Licht rücken, daß ihr der sachlich so schlecht zu begründende Vorwurf der „Steigbügelhaltung" schon aus lauter Antipathie gegen seine Person glaubhaft erscheine. So wird z. B. behauptet, Hugenberg sei ein „*Sozialreaktionär*", der als materieller Interessenvertreter des Großkapitals, als der *politische „Drahtzieher" des Unternehmertums,* Hitler zur Macht verholfen habe, damit dann eine „reaktionäre" Wirtschaftspolitik „auf Kosten der Arbeiterschaft" betrieben werden könne. Und weiter heißt es, er sei unbeschränkter *„Herr über Presse und Film"* gewesen und habe beide Einrichtungen dazu mißbraucht, um für den Nationalsozialismus Propaganda zu machen. Dazu ist vorweg folgendes festzustellen:

Solche Angriffe beruhen auf einer ungemeinen Überschätzung der Möglichkeiten, die Hugenberg zur Ausübung von Einfluß auf die politische Entwicklung überhaupt zu Gebote standen. Dabei ist es heute belanglos, inwieweit diese in ihrer ewigen Wiederholung fast legendäre Überschätzung des Hugenbergschen Einflusses auf Unorientiertheit oder bösem Willen beruht. Nach Ansicht seiner Gegner und Kritiker sollte Hugenberg bei fast allem, was ihnen nicht behagte, der geheimnisvolle und übermächtige „Drahtzieher" gewesen sein, während eine Nachprüfung der Dinge eindeutig erweist, daß ihm meistens schon die Drähte gar nicht zur Verfügung standen, an denen er hätte ziehen müssen, um einen solchen Einfluß auszuüben. Welche Möglichkeiten dazu hatte er denn überhaupt?

Es trifft zu, daß er auf den Scherl-Verlag und auf die Ufa in den hier in Betracht kommenden Jahren maßgeblichen Einfluß hatte. In der Entwicklung beider wirtschaftlich bedeutsamen Unternehmungen kann er zweifellos für sich als positive Leistung verbuchen, daß sie in den Jahren seiner Einflußnahme auf ihre geschäftliche Organisation aus ursprünglich recht kritischer Lage zu einer gesicherten und krisenfesten Situation emporstiegen. *Im Scherl-Verlag* erschien — neben Büchern, Kunstdrucken, Adreßbüchern usw. — eine Reihe von Zeitungen, Zeitschriften und Korrespondenzen, die, soweit sie nicht unpolitischen Charakters waren, eine im allgemeinen Sinne „rechtsstehende", „bürgerlich-christlich-nationale" Haltung einnahmen, also den Kommunismus scharf bekämpften, den Marxismus im allgemeinen ablehnten und diejenigen bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall kritisierten, die jeweils mit ihm verbündet waren. Auf irgendeine bestimmte, parteipolitische Tendenz war aber die Scherl-Presse keineswegs eingesteuert. Daran hat sich auch in dem Zeitpunkte nichts geändert, in dem Hugenberg selbst den Vorsitz der Deutschnationalen Volkspartei übernahm. Hugenberg hat keinen Versuch unternommen, etwa die Zeitungen des Scherl-Verlages zu deutschnationalen Partei-Blättern zu machen, ganz abgesehen davon, daß ein solcher Versuch die sehr breite Abonnentenbasis dieser Zeitungen erschüttert hätte. Indirekt kam — vor und nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hugenberg — der Deutschnationalen Volkspartei die Wirkung der Scherl-Presse natürlich in gewissem Grade zugute. Aber es gab nicht wenige deutschnationale Politiker, die diesen Nutzen für unzureichend hielten und es bedauerten, daß ihre Partei nicht wie Sozialdemokraten, Zentrum und Nationalsozialisten über eine große ausgesprochene Parteipresse verfügte. Da Hugenberg praktisch die Scherl-Presse nicht einmal zu ausgesprochener Propaganda für seine eigene Partei mobilisierte, tat er es natürlich noch viel weniger für die NSDAP, — wozu ihm logischerweise aber auch jede innere Absicht fehlen mußte.

In den Spalten der Scherl-Zeitungen mag auch vor 1933 da oder dort aus besonderem Anlaß etwas gestanden haben, was eine Anerkennung der nationalen Zielsetzungen auch der nationalsozialistischen Politik bedeutet haben kann. Im ganzen gesehen aber standen diese Blätter schon aus der oben skizzierten Grundhaltung heraus der NSDAP, im besonderen ihrer Wirtschafts- und Kultur-Politik, kühl und kritisch gegenüber. In dem Jahre, in dem die Entscheidung über die Gefolgschaft der großen Wählermassen fiel (1932), kam es angesichts der Radikalisierung der NSDAP, ihrer Gewalttätigkeiten und ihrer Totalitätsansprüche zu einem so scharfen Gegensatz zwischen ihr und der Scherl-Presse, daß Goebbels als Berliner Gauleiter einen Abonnenten- und Inserenten-Boykott gegen sie organisierte, was zu Tausenden von Abbestellungen führte. Hauptschlager in diesem Boykott war die Feststellung, daß sich in einigen wesentlichen Stellungen des Scherl-Verlages alte jüdische Mitarbeiter befanden, die der Verlag der herrschenden antisemitischen Bewegung nicht zum Opfer bringen wollte, da sie sich sachlich und persönlich bewährt hatten. Auch an einem wilden Teilstreik gegen den Scherl-Verlag hat sich die NSDAP führend beteiligt.

Nach 1933 bemühte sich Hugenberg, die Unabhängigkeit der Scherl-Presse solange wie möglich zu retten. Er hat das noch eine Reihe von Jahren hinsichtlich der geschäftlichen Organisation vermocht. Für die Schriftleitung allerdings war, wie für alle Schriftleitungen in Deutschland, die immer diktatorischer auftretende vorgesetzte Stelle das Propaganda-Ministerium. Goebbels hat dann noch im Kriege die besonderen Vollmachten, die ihm damals zur Verfügung standen, dazu benutzt, die Scherl-Presse — wie gleichzeitig auch zahlreiche andere Zeitungen — in die Hand der NSDAP zu bringen.

Der Scherl-Konzern hatte im deutschen Zeitungswesen vor 1933 übrigens in keiner Weise eine alles beherrschende Position. Die Zeitungen der beiden linksdemokratischen Berliner Presse-Konzerne Mosse und Ullstein hatten zusammen beträchtlich mehr Abonnenten. Daneben standen in ganz Deutschland noch zahlreiche andere Zeitungsunternehmungen und die große Partei-Presse der SPD, der KPD, des Zentrums und der NSDAP.

Gegen die „Ufa" hatte Goebbels schon vorher wirtschaftliche Zwangsmittel angewendet. Die Ufa hat in der Herstellung deutscher Filme die führende Rolle gespielt und Hervorragendes geleistet. Parteipolitische Filme hat sie nicht gedreht, natürlich auch nicht für die NSDAP. Erstens hat sie das nicht gewollt, und zweitens hätte sie auch damit zweifellos nur schlechte Geschäfte gemacht. Parteipolitische Filme kannte man in Deutschland vor 1933 höchstens aus russisch-kommunistischer Produktion, wie z. B. den Film „Panzerkreuzer Potemkin". Nach 1933 war die deutsche Filmproduktion ebenso wie die Presse von den Weisungen des Propaganda-Ministeriums abhängig.

Das genügte aber dem Nationalsozialismus nicht. Die Angliederung der Ufa an die nationalsozialistische Propaganda-Organisation wurde 1937 dadurch erzwungen, daß bei einem in der Herstellung sehr kostspieligen Film der Presse die unmißverständliche Parole gegeben wurde: „Dieser Film ist für die Kritik freigegeben." Das Ergebnis war, daß der an sich gute Film infolge beflissener Pressekritik innerhalb einer Woche vom Spielplan der Filmtheater abgesetzt werden mußte. Es war das klare Programm des Propaganda-Ministeriums, dieses Verfahren bei anderen Ufa-Filmen fortzusetzen. Dadurch ergab sich für die Ufa die zwingende Notwendigkeit der Kapitulation. Das Unternehmen mußte an den Nationalsozialismus abgetreten werden.

Hugenbergs Einflußmöglichkeiten auf Presse und Film sind also nur begrenzt gewesen. Für die NSDAP sind sie von ihm nicht angewandt worden — im Gegenteil hat ja die mit seiner Auffassung übereinstimmende Haltung der

Scherl-Presse 1932 zu dem nationalsozialistischen Boykottkrieg geführt. Was Hugenberg auf dem Gebiete der Presse und des Films getan hat, war völlig legal und geschäftlich und politisch in jeder Beziehung korrekt.

Beim Thema Scherl kommt es übrigens im Grunde weniger auf die Widerlegung der törichten Behauptung an, dies Instrument sei den Nationalsozialisten zur Förderung ihrer Interessen von den Eigentümern zur Verfügung gestellt, als vielmehr auf *die Kehrseite der Medaille:* nicht Hugenberg hat mit der ihm nahestehenden Presse den Nationalsozialismus gefördert, sondern der Nationalsozialismus hat — ebenso wie im Falle Ufa — die sogenannte Hugenberg-Presse zum Opfer seines totalitären Herrschbedürfnisses gemacht. An den Verhandlungen über die Auflösung der DNVP im Juni 1933 war Hugenberg nicht beteiligt. In den Abmachungen wurden der Partei feste Zusagen hinsichtlich des Fortbestehens der bis dahin deutschnationalen Presse (einschließlich der Scherl-Presse) gegeben. Diese Versprechungen wurden später gebrochen. Nach langwierigen von Hugenberg zäh geführten Verhandlungen mußte er den Scherl-Verlag an eine Gliederung der NSDAP verkaufen, um Gewalteingriffe zu vermeiden.

Hugenberg einseitiger Vertreter großindustrieller Interessen?

Ebenfalls mit dem wahren Sachverhalt völlig unvereinbar war die unter Hugenbergs Gegnern weitverbreitete Vorstellung, er sei ein auf ein vielfaches Millionen-Vermögen gestützter Großindustrieller, der in der deutschen Schwerindustrie eine beherrschende Position einnehme und diktatorisch über Millionen-Summen aus ihren Kassen verfüge, mit denen er alle möglichen „republikfeindlichen Bestrebungen finanziere", darunter natürlich auch die NSDAP.

Tatsächlich war Hugenberg nie Besitzer großer industrieller Unternehmungen und zu der Zeit seiner maßgeblichen Betätigung in der Politik überhaupt nicht in führender industrieller Stellung. Er war 1909 an die Spitze des Krupp-Direktoriums in Essen berufen worden, aber 1918 aus diesem Unternehmen vollständig ausgeschieden, also in einer Zeit, in der es noch keine Deutschnationale Volkspartei gab, die ihn 10 Jahre später zum Vorsitzenden wählte, und erst recht noch keine NSDAP. Hugenberg hat als deutschnationales Parteivorstandsmitglied und später als Vorsitzender der DNVP sich bemüht, in Wahlkämpfen Spenden von ihm nahestehenden Wirtschaftskreisen für seine Partei zu werben. Diesen Bemühungen waren aber stets enge Grenzen gezogen, da Hugenbergs Einflußsphäre in der Industrie in keiner Weise dem Bilde ent sprach, das seine Gegner sich davon machten. Die deutsche Industrie war alles andere als einheitlich eingestellt. Ihre prominenten Vertreter, die Besitzer großer Unternehmungen, die Konzern- und Verbandsleiter verteilten sich über alle nichtmarxistischen Parteien und waren noch weniger als Männer anderer Berufsgruppen geneigt, sich von jemandem vorschreiben zu lassen, wohin sie ihre Wahlspenden geben sollten, auch nicht von dem nicht mehr in der Industrie tätigen Hugenberg.

Für die Deutschnationale Volkspartei, die zu keiner Zeit auch nur annähernd über die Wahlgelder verfügte, die z. B. die wesentlich kleinere Deutsche Volkspartei aus industriellen Kreisen erhielt, änderten sich die Schwierigkeiten der Wahlkampf-Finanzierung durch Hugenbergs Übernahme des Parteivorsitzes nicht.

Daß er keineswegs, wie es manche Gegner sahen, als der „Exponent der Industrie" bezeichnet werden konnte, und daß er von dieser selbst nicht als solcher angesehen wurde, beleuchtet am besten der Umstand, daß bei der Abspaltung deutschnationaler Abgeordneter von der Reichstagsfraktion in den Jahren 1929 und 1930 unter den aus der Partei Ausgetretenen ein erheblich höherer Prozentsatz von Industriellen und Vertretern industrieller Verbände war als unter den bei Hugenberg Verbliebenen. Sein politisches Wirken in der ganzen Zeit seiner parlamentarischen Tätigkeit von 1919—1933 trug auch sehr viel weniger als das Auftreten vieler anderer Politiker verschiedenster Par-

teien den Charakter einer „Vertretung der Industrie im allgemeinen oder der Groß- bezw. Schwerindustrie im besonderen". *Denn Hugenberg trat tatsächlich mit allgemeinen politischen Problemen in den Vordergrund*, und er war gerade in wirtschaftspolitischer Beziehung schon deshalb kein einseitiger industrieller Interessenvertreter, weil er ja energischer als mancher ausgeprägte Agrarier den *Vorrang der Agrarpolitik* als der Grundlage jeder organischen Wirtschaftspolitik verfochten hat (vgl. Anlage IX „Hugenbergs wirtschaftspolitische Auffassungen").

Finanzierung Hitlers durch Hugenberg?

Unter solchen Gesichtspunkten gesehen, ist es also gar kein Wunder, daß die Zahl der von ihm beeinflußbaren Freunde in den maßgebenden Kreisen der Industrie nicht übermäßig groß war, und daß er nie über die von der Industrie angeblich bereitgestellten Riesensummen verfügt hat. Vor allem aber ist der Vorwurf nicht nur unberechtigt, sondern geradezu absurd, daß Hitlers Partei von ihm oder auf seine Veranlassung von Dritten finanziert wurde. Hugenbergs eigene Partei, deren finanzielle Lage ihm selbstverständlich nicht gleichgültig sein konnte, war ja in dauernder Geldklemme. Selbst seine Gegner sollten ihm nicht soviel Dummheit einerseits und Selbstlosigkeit andererseits zutrauen, unter solchen Umständen auch noch einem Konkurrenten unter die Arme zu greifen!

Daß auch Hitler aus industriellen Kreisen Geldmittel erhalten hat, steht außer Frage. Aber Hugenberg hat das schon aus politischem Selbsterhaltungstrieb natürlich nicht wünschen oder gar vermitteln können. Seine Hilfe in dieser Beziehung hat Hitler weder gesucht noch gebraucht. Gerade die Linke, die stets betont hat, daß Industrielle politisch nicht klüger seien als Arbeiter, Angestellte und sonstige Berufsangehörige, sollte sich nicht darüber gewundert haben, daß die braune Massenhypnose Generaldirektoren und Großunternehmer in der kritischen Zeit ebenso wenig ausließ wie Menschen bescheidener Wirtschaftslage. Und ebenso war es mit der durch alle Schichten gehenden Sucht, „den Anschluß nicht zu verpassen". Diese Leute warteten bestimmt nicht auf Hugenbergs Rat, um mit ihren Scheckbüchern zu Hitler zu laufen. Sie ließen sich auch nicht davon abhalten.

Hugenberg „Sozialreaktionär"?

Nicht der Wirklichkeit entsprach auch das mißgünstig gezeichnete Bild von Hugenberg, dem „Sozialreaktionär", dem „Arbeiterfeind". Auch auf sozialpolitischen Gebiet stand Hugenberg in vielfachem Widerstreit zu Auffassungen der Linken. Es ist nicht Sache dieser Untersuchung nachzuprüfen, wieweit er dabei sachlich „im Recht" gewesen ist. Es genügt aber auf die eingehenden Darlegungen hinzuweisen, die er neben vielen anderen Veröffentlichungen und Reden in seiner 1930 und 1932 geschriebenen, Anfang 1933 gedruckten Schrift *„Die Soziale Frage in Deutschland"* gemacht hat (vgl. Anlage X). Denn aus ihr geht mit voller Klarheit hervor, daß Hugenberg die überragende Bedeutung der sozialen Frage, im besonderen der Probleme der Lebenshaltung und Existenz-Sicherung der Lohnarbeiter, der kinderreichen Familien, das Ziel der Schaffung von Eigen-Heimen und eigenem Vermögenserwerb durch die besitzlosen Schichten geradezu *als das Kernproblem der deutschen Entwiklung aufgefaßt und angefaßt hat.*

Viele Arbeiter, die die Einführung der staatlichen Kinderbeihilfen im Dritten Reich erklärlicherweise und auch mit vollem sachlichen Recht als einen großen Fortschritt der deutschen Sozialpolitik auffaßten, werden bestimmt nicht gewußt haben, daß die Forderung einer solchen Maßnahme schon vor Hitlers Kanzlerschaft von einem Manne vertreten wurde, den ihnen zuerst die Linkspresse und später Joseph Goebbels als den typischen „Kapitalisten und Sozialreaktionär" geschildert hatten! Diese Hugenberg'sche Idee ist nicht dadurch schlecht geworden, daß Hitler sie übernahm, sie natürlich dann zu einem NSDAP-Propaganda-Schlager machte und sie durch einen „alten Kämpfer",

den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Pg. Reinhardt, proklamieren ließ.

Ebenso hätte es in Anbetracht der vielseitigen Presseangriffe gegen den „unsozialen" Hugenberg vor und nach Hitlers Machtergreifung manchen Arbeiter sehr überrascht, hätte die von ihm gelesene Zeitung daran erinnert, daß *gerade Hugenberg*, den man als einen ausgesprochenen Autokraten des Großkapitals hinzustellen pflegte, *schon 1919 den Gedanken der Teilhaberschaft der Betriebsangehörigen am Besitze der Großunternehmungen verfochten hat.* Auf dem ersten deutschnationalen Parteitage in Berlin im Juli 1919 führte er über diese Frage aus:

> „Sollte man nicht heute den *Arbeitern und Angestellten einen Teil der Fabrik* geben? Aber *nur gegen Entschädigung*, sonst wäre es ein *Geschenk*, das keine engere Gemeinschaft mit dem Werke begründet, als Betriebsrat, Mitbestimmungsrecht und dergleichen es tun. *Sind diese* einmal unvermeidlich, so ist es schließlich für den Betriebsleiter kein großer Unterschied, ob er zu einem gewissen Bruchteil Publikum und Börsenleute zu *Aktionären* hat oder die eigenen Arbeiter und Angestellten. Es könnte sogar, . . . , den Vorteil bringen, daß die industrielle *Großunternehmung unabhängiger von Börseneinflüssen* und damit in sich bodenständiger wird. Man müßte dann als Zwischenbesitzer die Werksgemeinschaft, d. h. *die Gesamtheit der Mitarbeiter* einschieben und zu einer *juristischen Person* machen, die einen *Anteil am Werke auf Kredit erwerben kann.* Sie müßte diesen Anteil in beliebigen Abschnitten bis zur *Kleinaktie von 50,— Mark* hinunter, deren Einführung eine Voraussetzung der Durchführung des Planes bildet, gegen Kapitalzahlung an die einzelnen Werksangehörigen weitergeben, so daß diese Mitaktionäre würden."

In derselben Rede sagte er:

> „Freiheit der Wirtschaft soll nicht heißen, daß ich die soziale Entwicklung rückgängig machen will, die sich vollzogen hat und ihren gesundesten Ausdruck in der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands gefunden hat."

Und bei der Debatte über Sozialisierung und Sozialpolitik in der Nationalversammlung hat er als Redner der deutschnationalen Fraktion am 8. März 1919 erklärt:

> „In diesem Sinne sind wir es auch, die heute am klarsten den Gedanken der *Sozialpolitik* vertreten. Er ist als solcher heute nicht mehr Gegenstand des Parteikampfes, sondern dieses Problem schneidet mitten durch alle Parteien hindurch als eine Frage des Möglichen, des Maßes und des Ausgleichs. Das drückt sich auch in der Errichtung der Arbeitsgemeinschaft aus. Gewerkschaftsvertreter sitzen heute in allen Parteien, Kapitalisten auch unter den ‚Unabhängigen Sozialdemokraten'. Aber wer die Privatwirtschaft verneint, verneint auch die Sozialpolitik, denn diese letztere ist nur eine Ergänzung der ersteren und verliert ihre selbständige Bedeutung mit dem Wegfall der Privatwirtschaft."

Hugenberg Bauernfeind?

Angesichts dieses und anderer Beispiele ist es widersinnig, die Platte vom „Sozialreaktionär" Hugenberg immer wieder abzuspielen. Ebensowenig ist es hieb- und stichfest, wenn der „Interessenvertreter des Großkapitals" gelegentlich auch als der „Interessenvertreter der Latifundienbesitzer" geschildert wird, der etwa Hitler in den Sattel gesetzt haben soll, um dem Großgrundbesitz zuliebe die Siedlung zu unterbinden. Hugenberg hat bereits im Alter von 23 Jahren als beurlaubter Gerichtsreferendar im Jahre 1888 an der Universität Straßburg seinen volkswirtschaftlichen Doktortitel mit einem umfangreichen Buche über die *„Innere Kolonisation im Nordwesten Deutschlands"* erworben. Auch seine spätere 15jährige Tätigkeit in der bäuerlichen Siedlungsarbeit des Preussischen Staates und im ländlichen Genossenschaftswesen beweist, daß er unmöglich die bäuerliche Siedlung bekämpft haben kann. *Im Gegenteil war und*

ist Hugenberg als einer der Väter der „Gemeinnützigen Siedlung" allgemein anerkannt. Aus diesem Grunde wurde er auch im Jahre 1903 als Vortragender Rat, insbesondere für das ländliche Siedlungs- und Genossenschaftswesen, in das Preußische Finanzministerium berufen. Die von ihm im Jahre 1930 ausgearbeiteten und von der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag eingebrachten *Gesetzesvorschläge über die Entschuldung der Landwirtschaft* enthielten gerade als einen wesentlichen Kerngedanken die *„Entschuldung durch Landabgabe"*, also eine Hergabe von Siedlungsland durch den Großgrundbesitz, der dadurch seine Schulden tilgen sollte. Daß ein solcher Vorschlag nicht von einem Siedlungsfeind kommen konnte, versteht sich von selbst.

Hugenberg als Parteiführer

Das wesentliche Instrument, das Hugenberg zur Einflußnahme auf die politische Entwicklung zur Verfügung stand, war die von ihm geführte Partei. Stärke und Wirkungsmöglichkeit dieses Instrumentes war jedoch begrenzt. Hugenberg übernahm die Führung der Deutschnationalen Volkspartei im Jahre 1928, als sie bereits in einer schweren inneren Krise stand. Diese stark mit personellen Gegensätzen verbundene Krise konnte nicht so gelöst werden, daß der Bestand der Partei voll erhalten blieb. Es kam zur Abspaltung dreier selbständiger Gruppen, denen zwar keine Aufwärtsentwicklung beschert wurde, die aber durch ihr zeitweiliges Vorhandensein der DNVP, der sie bisher angehört hatten, erheblichen Abbruch taten. Dadurch ging die Deutschnationale Volkspartei 1930 ihrer Stellung als stärkste nichtmarxistische Partei verlustig und wurde zu einer Partei mittlerer Stärke herabgedrückt. Durch den gleichzeitigen gewaltigen, durch Young-Plan und Wirtschaftskrise bewirkten Aufschwung der NSDAP, der sich nur unwesentlich auf bisher deutschnationale Wählerstimmen stützte, wurde die DNVP in ihrem Einfluß erheblich geschwächt.

Im deutschen Parteisystem war die Stärke einer Partei fast noch mehr als von ihrer Mandatszahl von ihrer taktischen Position innerhalb der Gesamtheit der Parteien abhängig. So wurde auch die Stellung der DNVP und damit Hugenbergs noch stärker als durch das weite Zurückbleiben ihrer Mandatszahl hinter derjenigen der NSDAP durch das fast völlige Verschwinden von neun Parteien stark beeinträchtigt. Diese neun Parteien, die im bürgerlichen Sektor zwischen DNVP, Zentrum und SPD bestanden, zählten 1930 noch über 8 Millionen Wähler, — damals das Dreifache der DNVP. Sie wurden fast gänzlich von der NSDAP aufgesogen.

Hugenbergs *Erfolg* in dieser Zeit beschränkt sich darauf, daß es ihm gelang, die *1930 seiner Partei verbliebene Wählerbasis im Stimmungsorkan der Hitlerpsychose intakt zu erhalten und in der zweiten Hälfte 1932 nicht unbeträchtlich zu verstärken.* Aber zu einem wirklich maßgeblichen Machtfaktor stieg seine Partei dadurch nicht wieder auf, trotz der großen Anstrengungen, die sie 1932 in vier großen Wahlkämpfen machte, die sämtlich gegen die NSDAP durchgefochten wurden — der letzte beiderseits mit erbitterter Schärfe.

Gegen den Hitlernimbus kam mit den Mitteln des Verstandes in dieser wild gewordenen Zeit niemand mehr auf — auch nicht Hugenberg. Ebenso wenig Brüning, der in vieler Beziehung doch unter günstigeren massenpsychologischen Voraussetzungen kämpfte. Aber sie beide arbeiteten mit der gleichen, auf eine Wählerschaft normalen Geisteszustandes erfahrungsmäßig auch recht wirksamen Methode, und es war für sie praktisch nicht möglich, etwa zu einer anderen zu greifen. Diese Methode war die von früher überlieferte politische Auseinandersetzung und bestand darin, mit klar durchdachten Beweisgründen an die Vernunft der Wähler zu appellieren und diesen dabei zuzumuten, über das Richtige oder Falsche der Beweisgründe nachzudenken. Damit aber konnten bei der damaligen Geistesverfassung der Wählermassen Hugenberg und Brüning bestenfalls ihre Gefolgschaft zusammenhalten und um ein geringes ver-

mehren. Politiker anderer Richtungen, die dasselbe versuchten, konnten schon das nicht mehr erreichen. Gegenüber dem urteilslosen und denkunwilligen politischen Treibholz mußten Hugenbergs und Brünings Argumente versagen. Es nutzt nichts, an den Verstand zu appellieren, wenn dieser fehlt oder bewußt ausgeschaltet wird. In diesem Sektor herrschten absolut Hitler und Goebbels.

Goebbels hatte bei der Schilderung von Hitler-Versammlungen seine besondere Ausdrucksweise. Die für ihn offenbar eindrucksvollste — und zweifellos mit Recht — scheint die vom 27. Februar 1932 gewesen zu sein. Da schildert er:

> „Der Führer spricht im Sportpalast und in den Tennishallen. Beide sind in einer noch nie dagewesenen Weise überfüllt. Die Berliner Nationalsozialisten bereiten ihm einen unbeschreiblichen Empfang. Er schleudert in einer phantastischen Rede dem System seine Anklage ins Gesicht. Der Sportpalast rast und tobt eine ganze Stunde in einer Art von Besinnungslosigkeit. Der Führer steht wieder auf der Höhe der Situation."

„Rast und tobt in Besinnungslosigkeit", — das ist die höchste Note, die Goebbels, von seiner Perspektive aus durchaus richtig, für eine Versammlung zu vergeben hat. Und er hat nicht besonders übertrieben: es war schon so und zwar nicht nur in Berlin, sondern in diesem und in anschließenden Wahlkämpfen in ganz Deutschland in zahlreichen Versammlungen riesigen Ausmaßes, in denen Hitler oder auch seine wirksamsten Propagandisten keine Tatbestände zu erläutern und keine Beweise zu führen, sondern lediglich die Zündungen der Stimmungsexplosion zu geben hatten. Mehrere Millionen von Menschen „rasten und tobten" andauernd, und der davon ausgehende psychologische Magnetismus setzte sich dann in entsprechende Wahlergebnisse um.

Tendenzschriftsteller, die mit der Laterne nach Generalen, Politikern und Industriellen suchen, denen sie nachweisen wollen, daß sie Hitler „in den Sattel gesetzt" hätten, mögen diese und jene finden, denen sie irgendeine wirkliche oder vermeintliche Unterlassung bei der Abwehr dieses Dämons der deutschen Gegenwartsgeschichte beweisen können. Aber sie werden am Kern der Dinge völlig vorbeigreifen, wenn sie nicht erfassen oder nicht zugeben wollen: Hitlers Aufstieg zur Diktatur war, ebenso wie ähnliche geschichtliche Vorgänge der letzten 2 Jahrtausende, in seinem wirklich entscheidenden Inhalt nichts anderes als einer jener nicht auf Deutschland und nicht auf unsere Zeit beschränkten grauenhaften Totalbankrotte der von einer Krise geschüttelten Massendemokratie, in der es keine Bremsen gab oder in der etwa vorhandene versagten.

In Deutschland gab es 1932 diesen Bankrott: *die souveräne Urwählerschaft beging — in ihrem ausschlaggebenden Teil „besinnungslos rasend und tobend" — mit Wollust politischen Selbstmord*, indem sie Hitler zusammen mit der KPD die „negative Mehrheit" im Reiche und in Preußen verschaffte, und damit die verfassungsmäßige Staatsmaschine total blockierte. Sie tat es in der Auswirkung einer in der Weltgeschichte — vom heutigen Zustande abgesehen — noch nicht dagewesenen Existenzkrise. Der Parteiführer Hugenberg konnte diese verhängnisvolle Entwicklung ebensowenig aufhalten wie andere, die sich mit der gleichen Aufgabe befaßten. Versucht hat er es nachweislich in 4 Wahlkämpfen mit ganzem Einsatz, aber nach der damaligen Lage unvermeidbar erfolglos. Wenn man nun schon heute noch nicht anerkennen will, daß Hugenberg sich dieser Aufgabe, vor der andere verzagt kapitulierten, doch wenigstens unterzogen hat, dann ist es zum mindesten nicht billig, ihm nun auch noch einen Vorwurf daraus zu machen, daß er keinen Erfolg dabei gehabt hat!

Hindenburg und Hugenberg

Hugenberg hat auch nicht die Möglichkeit gehabt, die einzige Bremse zu ziehen, mit der vielleicht — wenn auch keineswegs sicher — die Umwertung von Wählerwahn in Staats- und Volks-Katastrophe verhütet werden konnte. *Diese Notbremse*, dieses Schutzmittel gegen politische Excesse des höchsten Souveräns in der Demokratie, der Urwählermehrheit, *hatte die Weimarer*

Reichsverfassung lediglich in der Stellung des Reichspräsidenten, der — durch besondere Volkswahl neben den Reichstag gestellt — *notfalls den berühmten Artikel 48 benutzen konnte, um äußerste Gefahren abzuwehren.* War an der obersten Stelle des Reiches die klare Erkenntnis, daß eine Berufung Hitlers zum Reichskanzler zwar gerade nach den Regeln des demokratischen Parlamentarismus eigentlich unabweisbar war, daß sie aber wegen des Charakters dieses Mannes und seiner Gefolgschaft eine ungeheure Gefahr für Volk und Staat bedeutete, dann konnte ein zum äußersten Einsatz auch seiner Person entschlossener, tatkräftiger Reichspräsident vielleicht die Lage retten, wenn er mit Artikel 48 das sich selbst durch negative Majorität ausschaltende Parlament beiseite stellte und eine von ihm berufene, nicht parteigebundene Regierung auch ohne und gegen Parlamentsvotum im Amte hielt. Die Chance, daß 1932/1933 diese Methode auch Hitler gegenüber noch geholfen hätte, wenn sie durchgehalten wurde, bis ein Abflauen der mit Energie zu bekämpfenden Wirtschaftskrise ihm seine Erfolgsgrundlage nahm, war groß, wenn auch nicht risikolos.

Es war das Verhängnis Deutschlands, daß in dieser kritischen Zeit ein kranker und todmüder Greis von 85 Jahren Reichspräsident war, dessen Lebenskraft sich in sichtbarem Schwinden befand. Die Vermeidung einer solch' verhängnisvollen Lage war der Grund für Hugenbergs Ablehnung der Kandidatur Hindenburgs in dem entscheidenden Jahr 1932. Hindenburg stand zudem unter dem Einfluß seiner Umgebung, von Männern, deren Denken wohl auch von der Sorge beherrscht wurde, was ihr Schiksal sein werde, wenn der Tod den Präsidenten abberufe.

Der Versuch, Hitlers Zugriff auf die Staatsgewalt mit einem vom Parlament unabhängigen Präsidialkabinett abzuwehren, ist gemacht, aber vorzeitig abgebrochen worden. *Hugenberg hat, das steht außer jedem Zweifel, sich für diesen Versuch und vor allem für sein konsequentes Durchhalten sowohl gegenüber der Öffentlichkeit wie gegenüber der obersten Reichsspitze mit allem Nachdruck eingesetzt.* Zur Vermeidung aller Irrtümer muß allerdings auch klargestellt werden, daß er zu keinem Zeitpunkte dieser kritischen Periode und auch nicht vorher oder nachher einen bestimmenden Einfluß auf den Reichspräsidenten und dessen Umgebung oder auch auf die führenden Stellen der Reichswehr besessen hat. Zwischen dem Reichspräsidenten und Hugenberg bestand zu keiner Zeit ein wirksamer Kontakt, auch nicht zwischen Hugenberg und General von Schleicher.

Dementsprechend haben sich *alle entscheidenden politischen Akte,* die auf unmittelbare Initiative des Reichspräsidenten oder auf Ratschläge seiner Umgebung oder der Reichswehrführung abspielten, *ohne jede Mitwirkung Hugenbergs und in der Regel auch ohne seine vorherige Kenntnis vollzogen:* Berufung und Entlassung Brünings, Berufung Papens, Einsetzung des Reichskommissars in Preußen, Ersatz Papens durch Schleicher, Sturz Schleichers und Entschluß zur Übergabe der Kanzlerschaft an Hitler. Lediglich darüber, ob Hugenberg die wirtschaftlichen Ministerien im Kabinett Hitler übernehmen würde, ist mit ihm unmittelbar vor der Kabinettsbildung durch Papen im Auftrage Hindenburgs verhandelt worden. Diesen selbst hat Hugenberg am 30. Januar erst bei der Vereidigung gesehen.

Auch während der Monate seiner Ministerschaft kam Hugenberg nicht zu einem engeren politischen Kontakt mit Hindenburg. Soweit überhaupt, bestand eine solche Möglichkeit praktisch nur für Papen und vielleicht noch für Blomberg und Neurath. Sehr bald belegte Hitler den Reichspräsidenten total mit Beschlag und stellte den Zugang zu ihm, auch in Neudeck, unter schärfste Kontrolle. Hugenbergs letzter Appell an Hindenburg, eine Woche vor seinem Rücktritt, in dem er unter Klarstellung der Lage um sein Einschreiten gegen Hitlers Diktaturkurs bat, blieb ohne Echo. *Sein Rücktrittsgesuch* wurde dann ohne wei-

teres nach einer Rücksprache Hindenburgs mit Hitler genehmigt. Dabei wäre dieser Vorgang für den Reichspräsidenten auch in Anbetracht der Rechtslage des Ermächtigungsgesetzes Ende Juni 1933 *die einzige und zugleich letzte Gelegenheit gewesen,* die Frage einer allgemeinen Kabinettskrise aufzurollen und *Hitlers totaler Machtergreifung entgegenzutreten.* Noch am 21. April 1933 hatte Hugenberg eine Erklärung veröffentlicht, in der er u. a. zu den Gerüchten Stellung nahm, daß der Bestand der Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung gefährdet sei. *Hugenberg erklärte:*

> „Demgegenüber wird auf die Tatsache der Regierungsbildung durch den Reichskanzler Hitler, die feierliche Bestätigung dieser Regierung durch den Reichspräsidenten sowie auf die Erklärung des Reichskanzlers über Zusammensetzung und Bestand der jetzigen Reichsregierung in ihrer augenblicklichen Gestalt hingewiesen, endlich auf den Umstand, *daß das Ermächtigungsgesetz das Weiterbestehen der gegenwärtigen Reichsregierung zur Voraussetzung hat.*"

Und der damalige französische Botschafter *François-Poncet* schreibt dazu in seinen Erinnerungen („Als Botschafter in Berlin 1931 — 1938", Deutsche Ausgabe, Florian Kupferberg-Verlag, Mainz, 1947, Seite 118/119):

> „Er (Hugenberg) kapitulierte am 28. Juni und mit ihm verschwindet die Deutschnationale Partei.
> Das Eigenartige seines Abenteuers ist, daß keiner von jenen, die seine natürlichen Verteidiger hätten sein müssen, ihn unterstützt. Die Konservativen im Kabinett, Neurath, Krosigk, Papen, lassen ihn fallen. Und doch sind auch sie Deutschnationale, Männer, die seine Ansichten teilen. Sie stellen in der Regierung vom 30. Januar die Unterstützung durch eine Partei dar, ohne die Hitler in der Minderheit gewesen wäre. Der Sturz Hugenbergs geht auch sie an, schwächt sie und liefert sie wieder mehr der Willkür der Nazis aus. Sie scheinen sich darüber nicht im klaren zu sein oder sich darüber nicht aufzuregen. Sie fügen sich in die neue Situation. Übrigens gibt Feldmarschall Hindenburg, Schutz- und Schirmherr des Stahlhelms, durch seine ganze Vergangenheit und durch viele Freundschaften mit den Deutschnationalen verbunden, das Beispiel. Von allen Seiten bedrängt, hatte Hugenberg angedeutet, daß, wenn er aus der Regierung ausscheide, Hindenburg dem Kabinett sein Vertrauen entziehen könne, da die Zusammensetzung, die dem Kabinett Daseinsberechtigung verleihe, nicht mehr vorhanden sei. Aber der Marschall dachte nicht daran; er stellte sich taub. Immerhin kann ihm nicht entgehen, was vorgeht. Er kann doch nicht übersehen, daß das in Potsdam beim Klang der Glocken besiegelte Bündnis bereits tot ist, und daß er nicht mehr der Herr, sondern vielmehr der Gefangene seines Kanzlers ist. Fühlt er sich außerstande, die Vormundschaft abzuschütteln? Zieht er die Ruhe einer Krise vor, deren Ausgang problematisch erscheint? Oder ist er nicht wie seine Umgebung, seine Freunde, die Barone des Kabinetts, ja, wie das ganze Volk, einfach Opfer einer Psychose und wird von einer gewaltigen Strömung mit fortgerissen?"

Der französische Botschafter irrt lediglich darin, daß die von ihm genannten 3 Minister der Deutschnationalen Volkspartei angehört hätten. Es hätte dem Sachverhalt entsprochen, sie als „rechtsstehend" zu bezeichnen. Im übrigen aber ist diesen zutreffenden Ausführungen nichts hinzuzufügen. Wie auch Hugenberg unter den damals bereits vorliegenden Terrorverhältnissen, im besonderen nach dem nicht aufgeklärten gewaltsamen Tode des deutschnationalen Reichstagsfraktions-Vorsitzenden Dr. Oberfohren, eines scharfen Hitlergegners, seine eigene Situation beurteilte, zeigte eindeutig sein *Abschiedswort an den deutschnationalen Parteivorstand:* „Wenn in einiger Zeit die Mitteilung verbreitet werden sollte, ich hätte Selbstmord begangen, dann bitte ich davon überzeugt zu sein, daß das nicht der Wahrheit entspricht." Da er mit der Möglichkeit von rechtswidrigen Repressalien gegen sein Eigentum rechnen mußte, übertrug er seinen Familienbesitz Rohbraken damals auf seinen Sohn. Er hat

allerdings zu jener Zeit nicht wissen können, daß erst 12 Jahre später — *nach* dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus — eine Situation vorliegen würde, in der man den Versuch des nunmehr von ganz anderer Seite kommenden Eingriffs in seine Eigentumsrechte mit dem Vorwurf begründen würde, er sei ein Helfer Hitlers gewesen! — — —

17 000 000 Steigbügelhalter!

Die deutsche Öffentlichkeit nahm von Hugenbergs Rücktritt verhältnismässig wenig Notiz. Hätte es im Juli 1933 eine Volksabstimmung darüber gegeben, ob Hitler oder Hugenberg im Amte bleiben sollte, dann hätte sich zweifellos auch ohne Terror und Wahlfälschung eine Riesenmehrheit für Hitler ergeben. *Die Massenhypnose war noch in voller Wirkung und Hitlers wahrer „Steigbügelhalter", die Millionenmasse seiner Wähler, strömte bedingungslos hinter ihm her.* Sie kamen zu Hunderttausenden auch ohne Zwang zu den Maifesten auf das Tempelhofer Feld und zu den Paraden am Bückeberg und fühlten sich offenbar recht wohl dabei. Der Katzenjammer kam für sie erst einige Jahre später, für viele davon erst in der zweiten Kriegshälfte.